Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1182

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die
78. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 8. Dezember 1966
79. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 9. Dezember 1966

I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

I. 1. Abgeordneter **Moersch**

Welches Maß von redaktioneller Unabhängigkeit gesteht die Bundesregierung dem Deutschlandfunk zu?

I. 2. Abgeordneter **Moersch**

In welcher Form hat die Bundesregierung beim Deutschlandfunk wegen eines Interview von Franz· Barsig mit Herbert Wehner interveniert?

II. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

II. 1. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Wie viele Angehörige der im Dienst der Aufgaben des deutschen Kulturaustauschs mit anderen Ländern und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern stehenden Organisationen sind seit 1960 für besondere Leistungen und Verdienste durch die Bundesrepublik ausgezeichnet worden?

II. 2. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Presse wiedergegebenen Äußerungen des Landrates von Cham, daß die Grenze zur CSSR für die höchsten Stellen der Bundesrepublik tabu zu sein scheine und daß er es nicht mehr weiter mitansehen könne, wenn Anträge zur Aussiedlung und Familienzusammenführung verschleppt würden und tschechische Wirtschaftsführer monatelang auf Visa warten müßten?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Können Fernschreibeinrichtungen durch bestimmte technische Vorkehrungen gegen eine mißbräuchliche Benutzung zum Nachteil anderer gesichert werden?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

Abgeordneter **Kubitza**	Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entschließung der 33. Vollversammlung des Deutschen Jugendringes zur Frage der Errichtung einer Zentralstelle für internationale Jugendarbeit?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, in Paris ein historisches Institut zu errichten?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VI.	1. Abgeordneter **Wurbs**	Wie weit ist das Vorhaben der Bundesregierung gediehen, eine langfristige Planung und eine sachbezogene Koordination aller raumpolitischen Maßnahmen von Bund und Ländern zu erreichen?
VI.	2. Abgeordneter **Gewandt**	Trifft es zu, daß ein neu ernannter Bundesminister ohne die nötige rechtliche Grundlage einen sogenannten Staatsminister mit in sein Amt genommen hat?
VI.	3. Abgeordnete **Frau Funcke**	Hält die Bundesregierung bei Volkszählungen und ähnlichen statistischen Erhebungen die Frage nach dem Familien-„Vorstand" für vereinbar mit dem geltenden Familienrecht?
VI.	4. Abgeordnete **Frau Funcke**	Hält die Bundesregierung die statistische Feststellung eines „Familienvorstandes" für sinnvoll, wenn bei Eheleuten automatisch der Ehemann als Familienvorstand registriert wird?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VII.	1. Abgeordneter **Reichmann**	Ist es zutreffend, daß mit Erlaß vom 29. Juli 1966 das Bundesfinanzministerium das Finanzamt in Bonn anwies, vom Bund der hirnverletzten Kriegs- und Arbeitsopfer —15% der Mitgliederbeiträge pauschal als Entgelt für die Beratung und Betreuung in Rentenangelegenheiten anzusetzen und daß dieser Anteil dementsprechend umsatzsteuerpflichtig sei?

VII. 2.	Abgeordneter **Reichmann**	Hält die Bundesregierung die Besteuerung der in Frage VII/1 erwähnten sozialen Betreuungsaufgabe, die doch im staatspolitischen Interesse liegt, für gerechtfertigt?	
VII. 3.	Abgeordneter **Meister**	Ist die Bundesregierung bereit, den Personalstand der Zollverwaltung der Entwicklung im EWG-Raum anzupassen?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
VII. 4.	Abgeordneter **Meister**	Sind in Anbetracht der in Frage VII/3 aufgezeigten Entwicklung die für die Zollverwaltung vorgesehenen Neu- und Umbauten nötig?	
VII. 5.	Abgeordnete **Frau Funcke**	Ist die Bundesregierung bereit, bei den Ländern generell eine Fristverlängerung für die Abgabe der Erklärungen für die Hauptfeststellung des Einheitswertes zu erwirken, da Bestrebungen zur Vereinfachung der Fragestellungen im Gange sind und die Beibehaltung der Frist dann zu unnötiger Doppelarbeit führt?	
VII. 6.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Hält es die Bundesregierung angesichts des Antrages der Abgeordneten Baier, Dr. Schulze-Vorberg, Dr. Schmidt (Wuppertal), Biechele und der Fraktion der CDU/CSU — Drucksache V/1148 — betreffend „Formulare für die Erklärung zur Hauptfeststellung des Einheitswertes" und im Sinne ihrer eigenen Erklärung in der Fragestunde vom 10. November 1966 (71. Sitzung) nicht für geboten, die Frist zur Abgabe der Erklärung generell hinauszuschieben, bis neue vereinfachte Formulare den Steuerpflichtigen zugeschickt worden sind?	
VII. 7.	Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)**	Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus dem Mißverhältnis zu ziehen, daß darauf beruht, daß die Mineralölabgaben auf Dieselkraftstoff in der Bundesrepublik z. Z. noch rund 30 Pfennig pro Liter betragen, während in den Niederlanden und in Luxemburg diese Abgaben nur 2,4 und in Belgien 3,4 Pfennig pro Liter ausmachen?	
VII. 8.	Abgeordneter **Dorn**	Hält die Bundesregierung nach wie vor an dem Kabinettsbeschluß vom 30. Juni 1965 über die Finanzierung der Bundesbahntieflegung im Stadtgebiet von Bonn fest?	
VII. 9.	Abgeordneter **Dorn**	In welchem Zeitraum ist für die in Frage VII/8 erwähnte Maßnahme mit Aufwendungen aus dem Bundeshaushalt zu rechnen?	
VII. 10.	Abgeordneter **Dorn**	In welcher Höhe ist für die in Frage VII/8 erwähnte Maßnahme mit Aufwendungen aus dem Bundeshaushalt zu rechnen?	

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VIII.	1. Abgeordneter **Dr. Apel**	Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Wirtschaftssituation der deutschen Werften, insbesondere ihren Auftragsbestand als Basis ihrer Beschäftigungslage in der näheren Zukunft?
VIII.	2. Abgeordneter **Dr. Apel**	Verfügt die Bundesregierung über klare Vorstellungen und wirksame Instrumente, um eine effektive Wirtschaftspolitik zugunsten der deutschen Werften betreiben zu können?
VIII.	3. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Ist der Bundesregierung die zunehmend schwierigere wirtschaftliche Situation der Granitindustrie im Bayerischen und Oberpfälzer Wald, die vornehmlich durch Einfuhren von Granit aus Portugal und durch die Stornierung von Aufträgen für den Autobahnbau verursacht wird, bekannt?
VIII.	4. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Trifft es zu, daß Entwurf und Ausführung des Werbeplakats für den deutschen Pavillon auf der Weltausstellung in Kanada einer amerikanischen Public-relation-Firma vergeben wurde?
VIII.	5. Abgeordneter **Moersch**	Treffen Berichte zu, wonach Japan bereits im Jahre 1975 nahezu 80% seines Bedarfs an elektrischer Energie über Kernkraftanlagen decken will?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

IX.	1. Abgeordneter **Mertes**	Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Angestellten, die vom technischen Wandel und der Automation betroffen sind oder in naher Zukunft betroffen werden?
IX.	2. Abgeordneter **Mertes**	Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Arbeitsplätze der weiblichen Angestellten offensichtlich durch Automationsprozesse stärker gefährdet werden als die ihrer männlichen Kollegen?
IX.	3. Abgeordneter **Mertes**	Verfügt die Bundesregierung über ein mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften abgestimmtes Konzept gegen mögliche Wirkungen der Automation auf die Arbeitsplätze?

IX. 4. Abgeordneter **Dröscher**

Ist es richtig, daß, während Bräute von Kriegsgefallenen des zweiten Weltkriegs auf Grund der Bestimmungen über die sogenannte „Stahlhelmehe" nachträglich die Ehe schließen konnten und Witwenversorgung nach dem BVG erhalten, Bräuten von vermißten deutschen Soldaten, obwohl die Heiratsabsicht ebenso nachgewiesen werden konnte, auf Grund des „Nur-Vermißtseins" keine Versorgung erhalten?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

X. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf hinsichtlich einer Beseitigung der Nachteile, die jungen Beamten durch die Ableistung des Grundwehrdienstes erwachsen (vgl. den Bericht der Frau Vorsitzenden des Petitionsausschusses in der 73. Sitzung des Deutschen Bundestages), beim Deutschen Bundestag einbringen?

X. 2. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Teilt die Bundesregierung den von der Mehrzahl der Ausbildungsoffiziere und -unteroffiziere wie auch von den meisten Wehrpflichtigen vertretenen Standpunkt, daß bei intensiverer Dienstplangestaltung und Dienstzeitregelung das für die 18 Monate dienenden Wehrpflichtigen gesteckte Ausbildungsziel auch bei einer 12-monatigen Wehrpflicht erreicht werden kann, ohne daß dabei der gesamte Ausbildungsstand der Bundeswehr leiden bzw. ihr Verteidigungsauftrag im Rahmen der NATO erschwert würde?

X. 3. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Ist die Bundesregierung bereit, nach entsprechender Überprüfung der in Frage X/2 erwähnten Möglichkeiten für eine Herabsetzung der Wehrdienstpflicht in Gespräche mit unseren NATO-Partnern einzutreten, die eine Herabsetzung der Wehrpflicht auf 12 Monate zum Ziel haben?

X. 4. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Welche haushaltsmäßigen Auswirkungen würde eine Herabsetzung der Wehrpflicht auf 12 Monate unter Erreichung des gleichen Ausbildungszieles und Erfüllung des Verteidigungsauftrages haben?

X. 5. Abgeordneter **Dröscher**

Hält es die Bundesregierung für richtig, daß die Wehrbezirksverwaltungen in Ablehnungsbescheiden auf Anträge auf Zurückstellung vom Grundwehrdienst, die jungen Landwirten erteilt werden, immer wieder schreiben:

> „Es besteht im Sommerhalbjahr die Möglichkeit, von der Truppe Sonderurlaub ohne Geld- und Sachbezüge bei besonders schweren anfallenden landwirtschaftlichen Arbeiten zu erhalten",

später aber die Truppe bei entsprechenden Urlaubsgesuchen ablehnend reagiert und dies damit begründet, daß sie dadurch in ihrer Schlagkraft gestört wird und insbesondere nachteilige Auswirkungen auf andere Soldaten, denen solcher Sonderurlaub nicht erteilt werden kann, befürchtet werden muß?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XI. 1. Abgeordneter **Jung**

Bis wann rechnet die Bundesregierung damit, daß die Voraussetzungen für einen Allwetterbetrieb auf den größten deutschen Flugplätzen geschaffen sein werden?

XI. 2. Abgeordneter **Jung**

Wird die Bundesregierung die wünschenswerte Einführung eines Flugwetterdienstes für kleinere Privat- und Sportmaschinen auf möglichst breiter Basis eventuell an einer zu geringen Zahl von Interessenten scheitern lassen?

XI 3. Abgeordneter **Jung**

Wie weit sind in der Bundesrepublik die Vorbereitungen für die zentrale Flugwetterberatung auf Grund des Beschlusses der Europäischen Konferenz der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ICOA bereits gediehen?

XI. 4. Abgeordneter **Ramms**

Welche besonderen Folgen wird die von der Bundesregierung angekündigte Rechtsverordnung über die Konzentration an Kohlenmonoxyd im Abgas der Kraftfahrzeuge mit Ottomotoren im Leerlauf für die bereits im Verkehr befindlichen Fahrzeuge haben?

XI. 5. Abgeordneter **Ramms**

Was haben die Gespräche der Bundesregierung mit der Automobilindustrie über Nutzen, Möglichkeiten und Kosten der Abgasentgiftung der Kraftfahrzeuge aus dem In- und Ausland ergeben?

XI. 6. Abgeordneter **Ramms**

Wird die Bundesregierung die im Bulletin vom 29. November 1966 genannten Untersuchungen und Rechtsverordnungen in den Bundestagsausschüssen für Verkehr und für Gesundheit zur Diskussion stellen?

XI. 7. Abgeordneter **Kubitza**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß den Gemeinden durch das Aufstellen zusätzlicher Verkehrsschilder an Wald- und Feldwegen erhebliche Mehrkosten entstehen?

XI. 8. Abgeordneter **Kubitza**

Wäre es nicht billiger und einfacher, die Strassenverkehrs-Ordnung dahin gehend zu ergänzen, daß alle Wald- und Feldwege sowie die nicht ausgebauten Straßen den übergeordneten Staatsstraßen untergeordnet sind?

XI. 9. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)**	Teilt die Bundesregierung die vor dem Seeverkehrsbeirat geäußerte Ansicht des bremischen Senators für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, Dr. Georg Borttscheller, über eine „ungerechte und unerträgliche Diskriminierung" der deutschen Nordseehäfen in der EWG, wiedergegeben in den Bremer Nachrichten vom 29. November 1966?	
XI. 10. **Abgeordneter Peters (Poppenbüll)**	Wie gedenkt die Bundesregierung dem weiteren Rückgang des Stückgutverkehrs und der zunehmenden Arbeitslosigkeit der Hafenarbeiter entgegenzuwirken?	
XI. 11. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Ist mit einem vierspurigen Ausbau der Bundesstraße 11 im niederbayerischen Raum angesichts ihrer Bedeutung für das ostbayerische Grenzland und ihrer Verkehrsgefährlichkeit in absehbarer Zeit zu rechnen?	
XI. 12. Abgeordneter **Dr. Wörner**	Ist die Bundesregierung bereit, die in dem § 5 (Klasse 4) StVZO und § 18 Abs. 2 Nr. 6 Buchstabe a StVZO enthaltene Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h im Blick auf die Rechtsangleichung in der EWG (Richtlinie des Rats der EWG — Drucksache V/547) auf 25 km/h anzuheben?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XII. 1. Abgeordneter **Dr. Rutschke**	Ist die Bundesregierung im Besitz von Zahlen über die Entwicklung der Lärmschwerhörigkeit und sonstiger durch ständige Lärmeinwirkung, insbesondere auch unter dem Einfluß von Fluglärm, entstehende Krankheiten?	
XII. 2. Abgeordneter **Dr. Rutschke**	Ist die Bundesregierung bereit, die Bevölkerung im Sinne der Erkenntnis namhafter Wissenschaftler aufzuklären, wonach man sich an Lärm grundsätzlich nicht gewöhnen kann?	
XII. 3. **Abgeordneter Dr. Rutschke**	Auf welche gesetzlichen und praktischen Möglichkeiten kann die Bundesregierung lärmgeplagte Bürger verweisen?	
XII. 4. Abgeordneter **Eisenmann**	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die von ihr vorgelegten Entwürfe zu den Rechtsverordnungen über die Zulassung von Arzneimitteln zum Verkehr außerhalb der Apotheken (AZ: I A 7-4410-23-7287/66) der einstimmigen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 8. Februar 1961 entsprechen und durch diese Entwürfe das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Apotheken und Drogerien gewahrt bleibt?	

XII.	5. Abgeordneter **Eisenmann**	Ist die Bundesregierung der Meinung, daß z. B. Haarwasser, das Schwefel enthält und gegen Schuppen Anwendung findet, oder Hühneraugenpflaster, die in fester Substanz einfache Salizylsäure enthalten, oder Pastillen gegen Husten und Heiserkeit, die Menthol enthalten, — um nur einige krasse Beispiele zu nennen — aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in Drogerien abgegeben werden sollten?
XII.	6. Abgeordneter **Eisenmann**	Hält die Bundesregierung die in dem Votum des Bundesgesundheitsrats vom 5. April 1957 zu der Frage, welche Arzneimittel für die Abgabe außerhalb der Apotheken zugelassen werden können, vertretene Auffassung, daß alle in die sogenannte Freigabeliste aufgenommenen arzneilichen Stoffe und Zubereitungen zumindest mit den bei der Herstellung notwendigen arzneiunwirksamen Trägerstoffen, Emulgatoren usw. mischbar sein sollten, für gesundheitspolitisch angreifbar oder bedenklich?
XII.	7. Abgeordneter **Dröscher**	Wie weit sind die Arbeiten am neuen Weingesetz gediehen?

Bonn, den 2. Dezember 1966